

Arbeitslosengeld, Rente, Gesundheit - die Krise diktiert die Sozialpolitik

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die wichtigsten Säulen und Strukturen der staatlichen sozialen Sicherungssysteme in Deutschland erfassen.
2. die sozialpolitischen Wahlversprechen von CDU/CSU und FDP sowie deren Umsetzungschancen analysieren.
3. erkennen, inwiefern die globale Krise die Einnahme- und Ausgabenströme der Sozialversicherungen beeinflusst.

2. Aufgaben

1. *Ermitteln Sie die zentralen Säulen des sozialen Sicherungssystems in Deutschland. Beschreiben Sie jeweils kurz die unterschiedlichen institutionellen Strukturen und legen Sie die jeweiligen Finanzierungsformen dar.*
2. *Fassen Sie die sozialpolitischen Ankündigungen der Parteien der kommenden Bundesregierung aus dem Bundestagswahlkampf zusammen. Benennen Sie die zentralen Forderungen von CDU, CSU und FDP und identifizieren Sie Übereinstimmungen und Differenzen.*
3. *Setzen Sie sich mit der aktuellen (Finanz-)Situation der Sozialversicherungen auseinander. Erläutern Sie die Aussage, die „Ankündigungen aus dem Wahlkampf treffen auf eine ernüchternde Realität“.*
4. *Arbeiten Sie die Wirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf die deutschen Sozialversicherungssysteme heraus. Verdeutlichen Sie, inwiefern sich deren Einnahmen- und Ausgabenströme hierdurch verändern.*

Arbeitslosengeld, Rente, Gesundheit - die Krise diktiert die Sozialpolitik

Markige Ankündigungen aus dem Wahlkampf treffen auf eine ernüchternde Realität

Zu den markantesten Gemeinsamkeiten der künftigen Regierungskoalition zählt ausgerechnet ein Ausbau des Hartz-IV-Systems: CDU/CSU und FDP wollen nahezu übereinstimmend das sogenannte Schonvermögen kräftig anheben. Statt bisher 250
5 Euro sollen Arbeitslose künftig 750 Euro pro Lebensjahr für die Altersvorsorge auf der hohen Kante behalten dürfen, ohne den Anspruch auf Arbeitslosengeld II einzubüßen. Maximal wären das 48 750 Euro. So haben es beide im Wahlkampf angekündigt. Der Vorschlag wirkt so präzise, dass ihn die neuen Koalitionäre scheinbar so zügig umsetzen könnten wie kaum ein anderes Vorhaben.

10 Der Teufel steckt aber, wie so oft, im Detail: Abweichend von dem im Wahlkampf entstandenen Eindruck dürfen viele Hartz-IV-Bezieher ihr Altersvorsorgevermögen ohnehin schon in unbegrenzter Höhe behalten - vorausgesetzt, sie haben es mit der staatlichen Riester- oder Rürup-Förderung angespart. So steht es im Gesetz. Das reale
15 Problem ist: Ausgerechnet die, die ohne Förderung vorgesorgt haben, schauen zurzeit in die Röhre. Das mit einer pauschalen Erhöhung des Schonvermögens für alle lösen zu wollen, sei aber wohl der ineffizienteste Ansatz überhaupt, heißt es bereits warnend im Arbeitgeberlager.

20 Vor noch tiefgreifenderen Entscheidungen stehen Union und FDP indes bei den beitragsfinanzierten Sozialkassen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) steuert 2010 auf einen Fehlbetrag zwischen 14 und 20 Mrd. Euro zu, den sie nicht mehr aus eigenen Mitteln decken kann. Das heißt praktisch: Falls Union und FDP nicht sofort durch höhere Beitragssätze die Lohnnebenkosten anheben wollen, müssen sie die
25 Lücke mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt auffüllen - selbst ein brutales Kürzungsprogramm könnte sie kurzfristig nicht schließen.

Eventuell könnten aber andere Ideen ins Spiel kommen, die Bundesregierungen schon so manches Mal im Kampf gegen akute Finanznöte erprobt haben: Da die
30 Rentenkasse derzeit noch ein Finanzpolster hat, könnte man die Rentenbeiträge für Arbeitslose senken - die BA müsste dann weniger Geld überweisen; die Finanzprobleme würden innerhalb der Sozialversicherung via Verschiebebahnhof auf spätere Zeiten verlagert.

35 Ansonsten dürfte es beim Thema Rente kaum Reibungspunkte zwischen den neuen Koalitionspartnern geben. „Ich sehe da große Gemeinsamkeiten“, sagte FDP-Rentenexperte Heinrich Kolb dem Handelsblatt. „Wir werden bei den Verhandlungen auf den geltenden Gesetzen aufbauen.“ Eine Rücknahme der noch von der Großen
40 Koalition beschlossenen Rentengarantie will die FDP daher nicht verlangen. Wohl aber will sie darauf drängen, die Rente mit 67 durch flexible Übergänge in den Ruhestand zu entschärfen - eine Forderung, die viele Sozialexperten in der Union teilen. Überlegungen für eine verlängerte Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit dürften sich jedoch nach dem Ausscheiden der SPD aus der
45 Regierung erledigt haben.

50 Vor schwierigen Gesprächen stehen die Koalitionäre beim sensiblen Thema
Gesundheit. „Wir wollen Schritt für Schritt unsere Vorstellungen umsetzen“,
bekräftigte FDP-Fachpolitiker Daniel Bahr gestern die Forderung seiner Partei nach
Abschaffung des Gesundheitsfonds. FDP-Chef Guido Westerwelle war freilich schon
am Wahlabend etwas zurückgerudert. Es sei klar, dass Koalitionsverhandlungen zu
Kompromissen führten, räumte er ein. Faktisch dürfte damit in dieser Frage Kanzlerin
Angela Merkel den Kurs prägen.

55 Das bedeutet: Der Gesundheitsfonds, der seit Januar die Beitragseinnahmen der
Kassen zusammen mit einem jährlich wachsenden Bundeszuschuss nach
komplizierten Regeln verteilt, wird erst einmal bleiben - ebenso wie der
Einheitsbeitrag von 14,9 Prozent des Bruttolohns. Allerdings dürften mit Schwarz-
Gelb alle Hoffnungen der Krankenkassen welken, der Bund werde dem Fonds mit
zusätzlichen Steuerspritzen durch die Wirtschaftskrise helfen.

60 Für die Kassen bedeutet dies, dass sie im Verlauf des nächsten Jahres von ihren
Versicherten nach und nach Zusatzbeiträge von bis zu einem Prozent des
individuellen Einkommens erheben müssen. Die CDU hat diese Zusatzbeiträge nach
der Reform von 2006, in Rückbesinnung auf ihre ursprüngliche Reformstrategie, als
65 „kleine Gesundheitsprämie“ angepriesen. Genau darauf könnte sich nun vor allem die
FDP besinnen: Sie könnte ihren Wählern die Zusatzbeiträge als Einstieg in eine
Privatisierung des Kassensystems verkaufen.

70 Ein diffiziler Streitpunkt könnte indes der neue krankheitsorientierte Finanzausgleich
werden. Er beschert den Kassen umso mehr Extra-Geld, je mehr ihre Versicherten
eine von insgesamt 80 ausgewählten Krankheiten haben. Hier lauert ein
Strukturproblem, wie die FDP von Anfang an kritisiert hat: Der neue
Krankheitsausgleich setze kostentreibende Fehlanreize - die Kassen könnten versucht
sein, mit Hilfe willfähriger Ärzte möglichst viele Versicherte als krank erscheinen zu
lassen. Zugleich steckt darin ein Verteilungskonflikt: Profitiert haben von dem neuen
75 Mechanismus bisher vor allem die Ortskrankenkassen (AOK). Dagegen gehen große
Versorgerkassen wie Barmer, DAK und Techniker fast leer aus. Daher werden sie
neben den Betriebskassen als Erste Zusatzbeiträge erheben müssen.

80 *Quelle: Creutzburg, D./Thelen, P., Handelsblatt, Nr. 187, 29.09.09, 2*